

Schweizer suchen Sicherheit, Ausländer den Wettbewerb

Der Arbeitgeberverband zeigt mit einer Analyse vor der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz die Wichtigkeit von Zuwanderern für den Wohlstand

CHRISTIN SEVERIN

Die Verwaltung und die staatsnahen Bereiche sind in den vergangenen Jahren schneller gewachsen als die Privatwirtschaft. Während beim Kernstaat und den staatsnahen Bereichen Ende 2024 rund 370 000 Personen mehr arbeiteten als 2010, stieg die Beschäftigung in der Privatwirtschaft lediglich um knapp 260 000 Stellen. Dies zeigt eine Auswertung des Arbeitgeberverbandes auf der Basis von Daten aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung.

Dabei zeigt sich ein klares Muster: 93 Prozent der zusätzlichen Beschäftigten in der Privatwirtschaft sind Ausländer, lediglich 6 Prozent Schweizer. Die wachstumsstärksten Bereiche der Privatwirtschaft waren Software & IT, Unternehmensdienste und Planungsbüros.

Umgekehrt verhielt es sich beim Kernstaat: Knapp 90 Prozent der zusätzlichen Stellen entfielen auf Schweizer. In staatsnahen und regulierten Branchen wie Gesundheit, Bildung, Soziales und Betreuung ist das Verhältnis etwas ausgeglichener: Hier entfielen knapp 60 Prozent des Stellenwachstums auf Schweizer, die anderen 40 Prozent auf Ausländer.

Die Wertschöpfung zählt

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist das schnellere Wachstum der staatlichen und regulierten Branchen problematisch. Diese erfüllen zwar wichtige gesellschaftliche Funktionen. Niemand möchte auf ein funktionierendes Gesundheitswesen verzichten. Der Wohlstand der Schweiz, so argumentiert der Arbeitgeberverband, beruhe aber vor allem auf den marktorientierten Branchen. «Hier passiert die

Wertschöpfung, mit der wir unsere Schulen und Spitäler finanzieren», so Patrick Chuard-Keller, der Chefökonom des Arbeitgeberverbandes.

Seiner Meinung nach gerät in der Debatte um die Zuwanderung und die kommende Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz aus dem Blick, wo der Wohlstand des Landes entsteht und wo die Zuwanderer arbeiten. Dass die Zuwanderer in marktorientierten Branchen arbeiten, sei ein Indiz dafür, dass die Zuwanderung den Wohlstand in der Schweiz tatsächlich erhöhe, meint Chuard-Keller.

«Gerade die wertschöpfungsintensiven Teile der Wirtschaft sind stark auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.» Die Problematik dürfte sich noch verschärfen: Babyboomer scheiden langsam aus dem Arbeitsleben aus, aus dem Inland rücken weniger Junge nach. Firmen, die Fachpersonen für hochspezialisierte Aufgaben suchen, finden im grösseren Markt der EU leichter genau das gesuchte Profil als in der kleinen Schweiz.

Ein Grund für die unterschiedlichen Karrierewege von Schweizern und Zuwanderern könnte gemäss den Arbeitgebern sein, dass die Arbeitsbedingungen beim Staat und in staatsnahen Branchen in der Schweiz besonders attraktiv sind, auch weil dieser mehr Sicherheit bietet. Bei den Ausländern scheint hingegen eine andere Logik zu spielen: Wer die Heimat verlässt, will mehr erreichen und ist auch bereit, in einem wettbewerbsintensiven Umfeld zu arbeiten.

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, relativiert aber den Graben zwischen Inländern und Zuwanderern. In den staatsnahen Bereichen wie dem Gesundheitswesen sei die Verteilung recht ausge-

wogen. Dass beim Kernstaat vor allem Schweizer arbeiten, sei nachvollziehbar, weil diese bereits einen Bezug zu ihrem Gemeinwesen hätten. Die Zuwanderer hingegen gingen dorthin, wo es Arbeit gäbe, sagt Lampart. «Wenn die Stellen verschwinden, gehen sie häufig wieder.»

Verantwortlich ist die Politik

Ohne es explizit zu sagen, legt die Analyse des Arbeitgeberverbandes nahe, dass es die Schweizerinnen und Schweizer gerne gemütlich nehmen, während

sich die Ausländerinnen und Ausländer kräftiger ins Zeug legen.

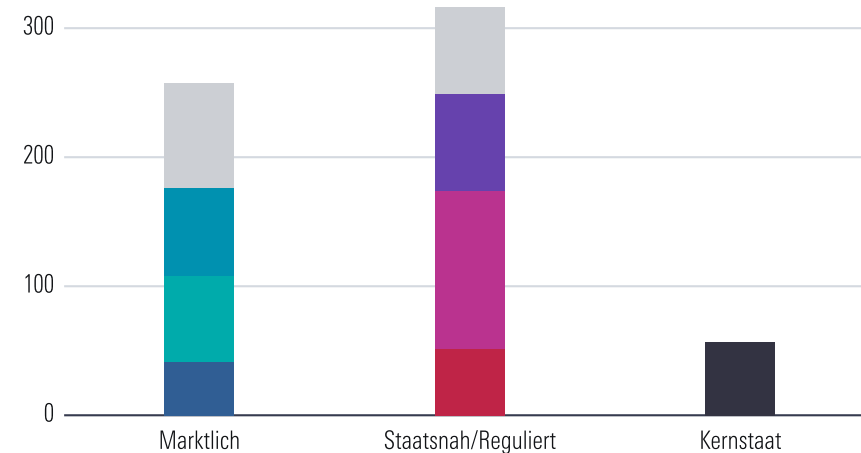
Zwar werden Gesundheitsberufen, die gemäss der Analyse stark gewachsen sind, für gewöhnlich keine besonders attraktiven Arbeitsbedingungen nachgesagt, im Gegenteil. Die öffentliche Verwaltung hingegen ist den Stürmen der Weltwirtschaft weniger ausgesetzt als die Privatunternehmen. Die Schweizer scheinen also in Zeiten, in denen viele Beschäftigte über eine hohe Arbeitsbelastung klagen, eine gewisse Vorliebe für die windstillen Plätze im Arbeitsmarkt zu zeigen.

«Das Problem liegt aber nicht bei den Schweizer Arbeitnehmenden», sagt Patrick Leisibach, Senior Fellow bei Avenir Suisse. Diese würden einfach auf das Angebot und die Konditionen reagieren. Die öffentliche Verwaltung biete hohe Jobsicherheit, planbare Karrieren, gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und überdurchschnittliche Löhne abseits der Spitzenpositionen. Des Pudels Kern liege deshalb in der Politik: Sie sei verantwortlich für das Stellenwachstum im öffentlichen Sektor.

Der Staat schafft mehr Stellen als die Privatwirtschaft

Beschäftigungswachstum nach Branchen von 2010 bis 2024 (in Tausend)

Planungsbüros Software und IT Unternehmensdienste Übrige Bildung
Gesundheit Soziales und Betreuung Übrige Öffentliche Verwaltung

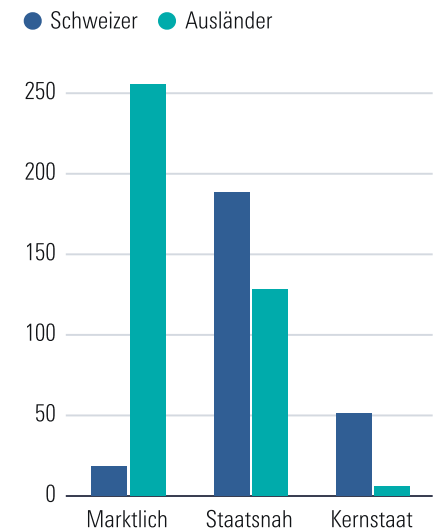


QUELLE: SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

NZZ / sev.

Schweizer lieben Planbarkeit

Beschäftigungswachstum nach Staatsnähe und Herkunft von 2010 bis 2024
Schweizer contra Ausländer (in Tausend)



QUELLE: SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

NZZ / sev.